

Neubau

Die Mühlebachbrücke in Stansstad wird für 1,1 Millionen Franken ersetzt. 26

Fraktionen sind Projekt wohlgesinnt

Stans Für rund 70 Millionen Franken will der Kanton seinen Standort an der Kreuzstrasse modernisieren. Das Projekt stösst bei den Fraktionen auf Zustimmung – trotz angespannter Finanzlage.

Matthias Piazza

matthias.piazza@nidwaldnerzeitung.ch

In den nächsten 15 bis 20 Jahren verändert sich das Gesicht an der Kreuzstrasse in Stans komplett. Polizei, Gefängnis und das Verkehrssicherheitszentrum sollen unter anderem neu gebaut werden. Kostenpunkt: rund 68 Millionen Franken. Die Regierung begründet die Notwendigkeit dieses Mega-Projekts mit dem Alter der bestehenden Gebäude. So hat das Polizeigebäude 36 Jahre auf dem Buckel, 27 Jahre das Gefängnis. Auch will der Kanton das rund 33 000 Quadratmeter grosse Areal besser nutzen (wir berichteten).

Am Mittwochabend stellten nun Baudirektor Josef Niederberger und Justizdirektorin Karin Kayser das Projekt den Fraktionen vor, damit sich diese ein erstes Bild machen konnten. Denn noch dieses Jahr soll der Landrat über den Projektierungskredit für den Masterplan von 450 000 Franken abstimmen. Wie kommen diese Pläne bei den Fraktionen an in Zeiten angespannter Kantonsfinanzen und des Sparens?

Renovieren sei unwesentlich günstiger

«Die Gebäude sind in die Jahre gekommen und daher sanierungsbedürftig. Handlungsbedarf besteht so oder so», ist für

CVP-Fraktionschef Bruno Christen klar, ohne vorgreifen zu wollen, da man das Geschäft in der Fraktion noch nicht detailliert besprochen habe. «Und renovieren würde nur unwesentlich günstiger kommen, darum bin ich den Neubauplänen mit dem gestaffelten Vorgehen positiv gesinnt.»

Die Kosten von rund 70 Millionen Franken sind seiner Meinung nach vertretbar, zumal sie auf rund 20 Jahre verteilt wären. «Und wo hat der Kanton noch 33 000 Quadratmeter eigenes Land? Diese Chance, die eigenen Parzellen mit verdichtetem Bauen noch optimaler zu nutzen, sollte man sich nicht entgehen lassen.» Damit würde der Kanton

in Bezug auf verdichtetes Bauen auch eine Vorbildrolle für die Bürger einnehmen.

Beteiligt sich der Bund?

Auch Grüne-Landrat Conrad Wagner ist dem gestaffelten Vorgehen der Regierung grundsätzlich positiv gesinnt, ohne schon die offizielle Meinung der Grünen/SP-Fraktion zu kennen. Aufgrund der grossen Sparbemühungen im Kanton müsse man sich die verschiedenen Investitionen aber gut überlegen. Aufgrund des Masterplans brauche jedes einzelne Bauprojekt entsprechend einen politischen Entscheid. «Eine Rolle spielt auch, inwiefern

«Diese Chance sollte man sich nicht entgehen lassen.»



Bruno Christen
CVP-Fraktionschef

sich der Bund am allfälligen Neubau und den Betriebskosten eines Ausschaffungsgefängnisses und Asylzentrums beteiligt.»

SVP-Fraktionschef Martin Zimmermann wollte sich zu den Plänen an der Kreuzstrasse noch nicht äussern, da man dies in der Fraktion noch nicht besprochen habe.

Die FDP-Fraktion will das Thema an ihren nächsten Sitzungen traktandieren. Eine Totalsanierung bei Vollbetrieb würde in der nahen Zukunft so oder so sehr viel kosten, liess Fraktionspräsident Sepp Durrer verlauten. Der vorgestellte Masterplan mit den Neubauten sei darum eine interessante Variante.

Über Obwaldner Finanzhimmel braut sich Unwetter zusammen

Budget 2017 23 Millionen Franken fehlen der Staatskasse voraussichtlich im nächsten Jahr. Bis 2018 soll das Vermögen aufgebraucht sein. Zeitgleich wird Obwalden zum NFA-Geberkanton – eine Steuererhöhung scheint bis dahin unumgänglich.

«Obwalden war in den letzten zehn Jahren als Wanderer bei Schönwetter unterwegs. Jetzt zeichnet sich ein Gewitter ab.» Das sagte die neue Finanzdirektorin Maya Büchi gestern an ihrer ersten Budgetpräsentation vor den Medien. Trotz eingeleitetem KAP-Sparprogramm lasse sich die Erfolgsrechnung des Kantons nicht im Gleichgewicht halten. «Eine Steuererhöhung ist in Zukunft definitiv kein Tabu mehr.» Vielmehr laute die Frage, «wann» die Staatskasse auf Kosten der Steuerzahler aufgestockt wird.

Fest steht: 2017 ist es noch nicht so weit. Ab 2018 wird Obwalden gemäss Finanzverwalter Daniel Odermatt jedoch bereits über kein Nettovermögen (aktuell 52 Millionen Franken) mehr verfügen. Voraussichtlich ab 2018 wird Obwalden zudem im nationalen Finanzausgleich zum Geberkanton – 2017 wird mit NFA-Zahlungen von 250 000 Franken gerechnet, 2009 waren es noch fast 50 Millionen. Per 2019 wird wohl auch die Unternehmenssteuerreform III auf kantonaler Ebene umgesetzt und zusätzliche Löcher in die Staatskasse brennen. Das sind die Gewitterfronten, die sich am Obwaldner Finanzhimmel anbahnen.

Ein Nein am Sonntag wäre herausfordernd

Als «akzeptabel» – unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen



Finanzdirektorin Maya Büchi bei der gestrigen Budgetpräsentation im Sarner Rathaus. Bild: Christoph Riebli (22. September 2016)

Rahmenbedingungen – bezeichnete Maya Büchi das Budget 2017, das von einem Minus von rund 7 Millionen Franken ausgeht (2016: -7,4 Mio.) – notabene bei gleichzeitiger Auflösung von 16 Millionen Franken Schwankungsreserven. Für das operative Ergebnis wird so mit einem Defizit von fast 23 Millionen Franken gerechnet. Zu Buche

schlagen besonders die steigenden Gesundheitskosten (total +4,1 Mio. Franken) wegen ausserkantonaler Hospitalisierungen, höherer Abgeltungen an die gemeinwirtschaftlichen und stationären Leistungen ans Kantonsspital (KSOW) sowie steigender Krankenkassenprämien und somit auch Prämienverbilligungsgelder (IPV).

Budget Kanton Obwalden

Zahlen in Mio. Franken

| | Rechnung 2015 | Budget 2016 | Budget 2017 |
|------------------------|---------------|-------------|-------------|
| Erfolgsrechnung | | | |
| Aufwand | 285 | 286 | 286 |
| Ertrag | 258 | 243 | 242 |
| operatives Erg. | -7,4 | -23,4 | -22,9 |
| Gesamtergebnis | -2,5 | -7,4 | -6,9 |
| Investitionen | | | |
| Ausgaben | -23 | -30 | -47 |
| Einnahmen | 11 | 16 | 37 |
| Nettoinvestitionen | -11,6 | -14,7 | -10,6 |
| Kennzahlen | | | |
| Steuerertrag | 99 | 98 | 99 |
| Personalkosten | 56 | 56 | 57 |

Quelle: Finanzdirektion Obwalden

Problem: Bereits jetzt hat der Kanton restriktiv budgetiert, der betriebliche Aufwand konnte trotz neuer Aufgaben – etwa im Asylbereich (Stichwort Caritas) – stabil gehalten werden. Die generelle Lohnentwicklung wird zur Nullrunde, individuell liegen 0,5 Prozent drin, was einer Halbierung gegenüber 2016 entspricht.

Spital wird wohl Defizite schreiben

«Das Spital wird in den nächsten Jahren grösstwahrscheinlich Verluste ausweisen», kündigte Maya Büchi zudem an. Dies wegen der konsequenten Umsetzung des Krankenversicherungsgesetzes: Anstatt mit dem bisherigen Globalkredit muss das KSOW seine Mietkosten von 3,4 Millionen Franken künftig mit den stationären Abgeltungen (Investitionszuschläge) erwirtschaften.

Im Rahmen der integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2017–2020 stellte Büchi die KAP-Umsetzung sowie die Erarbeitung einer Strategie für einen künftig ausgewogenen Staatshaushalt (bis im Herbst 2017) in den Vordergrund – eine Knacknuss. Wie sich der Kanton künftig im Steuerwettbewerb positioniert, soll dem Parlament 2017 eröffnet werden. Das Budget fürs nächste Jahr wird in der Dezembersitzung beraten.

Christoph Riebli
christoph.riebli@obwaldnerzeitung.ch

ANZEIGE

Träffpunkt Länzgi
21. September – 1. Oktober 2016

Energie – Länzgi unter Strom

Basteln mit dem Tüftelwerk
für Kids ab 9 Jahren jeweils Mittwoch und Samstag von 14 bis 17 Uhr

Führung durch die Länzgi-Solaranlage
jeweils Freitag und Samstag

Woher kommt der Strom in unserer Region und wie kann im Alltag Energie gespart werden? Um diese Fragen dreht sich die Ausstellung, die der Länderpark in Zusammenarbeit mit dem EWN präsentiert. Sie lädt die Besucher ein, an verschiedenen interaktiven Stationen auf lustvolle Art in die Welt der Energie einzutauchen und jeweils am Freitag und Samstag die Fotovoltaikanlage auf dem Dach des Länderpark zu besichtigen. Laden Sie Ihr Energiewissen auf und gewinnen Sie beim Wettbewerb einen der attraktiven Preise.

www.laenderpark.ch
MIGROS und 52 Geschäfte

länderpark
Das Einkaufszentrum in Stans